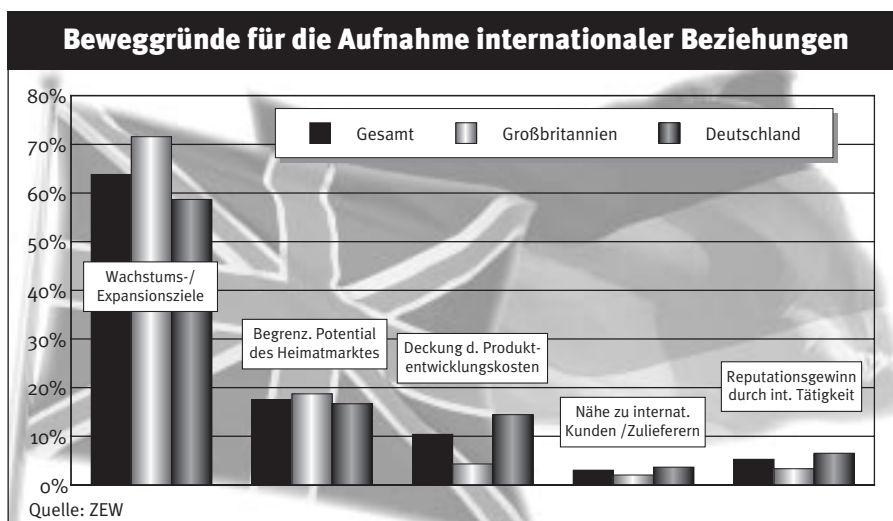


Tendenz zur Internationalisierung junger Technologieunternehmen

Deutschland nimmt bei den Ausfuhren im Welthandel seit Jahren einen Spitzenplatz neben den USA ein. Allein 1997 wurden Waren im Wert von 886,8 Mrd. Mark exportiert. Wie in den zurückliegenden Jahren waren die Partnerländer der Europäischen Union (EU) die wichtigsten ausländischen Abnehmer für deutsche Produkte. Zunehmend werden junge Technologieunternehmen im internationalen Wettbewerb aktiv.



■ In vielen Ländern Europas gelten junge Technologieunternehmen als Hoffnungsträger bei der Bewältigung des Strukturwandels. Mit ihnen verbinden sich Innovationen und die Erwartung auf mehr Wachstum und Beschäftigung als in traditionellen Industrien. Aufgrund der kleinen nationalen Heimatmärkte bietet es sich europäischen Unternehmen an, frühzeitig ins Ausland zu expandieren.

Aus einer ZEW-Befragung von 600 deutschen und britischen technologieorientierten Gründungen geht hervor, daß mehr als 60 Prozent der Firmen bereits in den ersten Jahren ihrer Geschäftstätigkeit international aktiv sind. Ein Großteil zählt sogar zu den sogenannten "Born Globals", das heißt sie sind von Anfang an auf ausländischen Märkten vertreten.

Ein Vergleich zwischen Unternehmen, die auf den Heimatmarkt beschränkt sind, und international tätigen Firmen läßt deutliche Unterschiede hinsichtlich unternehmens-, gründer- und produktspezifischer Merkmale erkennen. Internationale Unternehmen führen regelmäßig FuE-Aktivitäten durch und suchen Marktvorteile durch technologiegestützte Produktdifferenzierungen. Gleichzeitig verfügen die Gründer international tätiger Unternehmen weitaus häufiger über Arbeitserfahrung im Ausland oder in international tätigen Großunternehmen. Für die Produkteigenschaften läßt sich die Faustformel aufstellen: "Je höher der kundenspezifische Anpassungsaufwand, desto eher bleibt man auf dem vertrauten Heimatmarkt."

In Interviews berichten deutsche Manager, daß es häufig Messebegegnungen, Referenzen oder die Vermittlung über Großkunden sind, die das Unternehmen ins Ausland führen. Internationale Messen wie die CEBIT, die Industriemesse Hannover, aber auch Regional- und Fachmessen sind gerade für deutsche Jungunternehmer eine hilfreiche Plattform, um auf ihre Produkte aufmerksam zu machen. Demgegenüber konzentrieren sich britische Manager schon bei der Produktentwicklung auf die Vermarktung im Ausland.

Befragt nach den Beweggründen für die Aufnahme der internationalen Tätigkeit, gaben fast zwei Drittel der Unternehmen Wachstums- und Expansionsziele als wichtigstes Motiv für die Internationalisierung an. Es fällt auf, daß sich insbesondere britische Unternehmen als

In dieser Ausgabe

Internationalisierung junger Technologieunternehmen	1
Emittentenstruktur in Baden-Württemberg	2
Leichte Schwäche bei Firmengründungen in Baden-Württemberg	3
Service Sentiment Indicator	4
Umweltschutz braucht Akademiker	5
ZEW intern	5
ZEW-Seminar	6
Neuerscheinungen/Termine	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

Forschungsergebnisse

wachstumsorientiert erweisen. Erstaunlich ist ferner, daß nur sehr wenige junge innovative Unternehmen ins Ausland expandieren, um ihre im High-Tech-Bereich hohen Produktentwicklungskosten zu decken. Betrachtet man andererseits die aus Sicht der Unternehmen wichtigsten

Hemmnisse bei der Aufnahme internationaler Geschäftstätigkeit, so steht der Zeitmangel des Managements an erster Stelle. Des weiteren werden die zusätzlichen Kosten und das hohe Risiko im Auslandsgeschäft genannt. Dagegen stellt mangelnde Erfahrung kaum eine Schwierigkeit für die Aufnahme einer internationalen Tätigkeit dar. Grundsätzlich unterstreicht die Studie die Bedeutung einer frühen Internationalisierung für junge Technologieunternehmen. ◀

Andreas Fier, fier@zew.de
Helmut Fryges, fryges@zew.de

Emittentenstruktur Baden-Württemberg

Eine Voraussetzung für die Planung und Durchführung umweltpolitischer Maßnahmen ist die Ermittlung zuverlässiger Daten über die Auswirkungen ökonomischer Handlungen auf die Umwelt. Dazu ist eine Emittentenstruktur geeignet, wie sie gemeinsam vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und vom Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung für die Bundesrepublik Deutschland erstellt wurde. Für das Land Baden-Württemberg wurde jetzt am ZEW eine regionale Emittentenstruktur erstellt, die die ökologischen, ökonomischen und technischen Strukturen regional genauer erfaßt als auf Bundesebene.

■ Eine auf Input-Output-Tabellen basierende, regionale Emittentenstruktur kann grundsätzlich für eine Vielzahl von Fragestellungen eingesetzt werden. So können mit ihrer Hilfe neben den direkt und indirekt durch ökonomische bzw. technische Veränderungen verursachten Effekten auch historische Entwicklungen analysiert und mit Entwicklungen auf Bundesebene verglichen werden. Des weiteren können "Was-wäre-wenn"-Analysen durchgeführt werden.

Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, für das regelmäßig Input-Output-Tabellen erstellt werden. Da nur durch die Verwendung von Input-Output-Tabellen neben den direkten auch die induzierten Effekte erfaßt werden

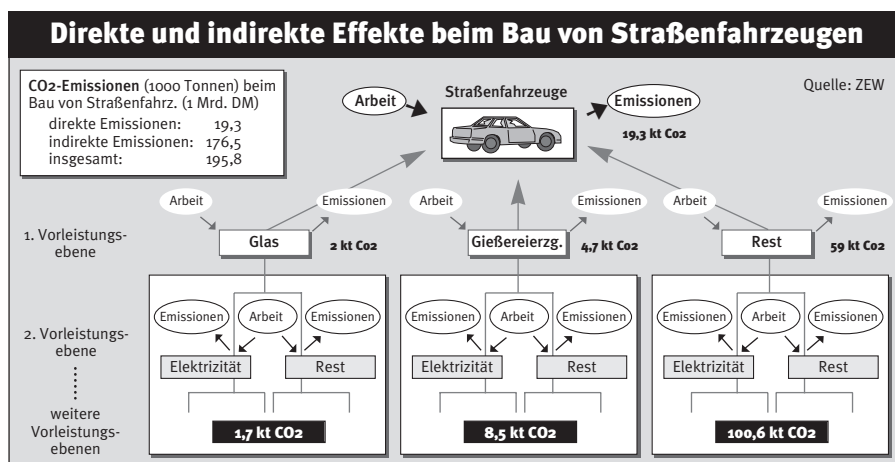
können, ist die Erstellung regionaler Emittentenstrukturen für andere Bundesländer zur Zeit nur äußerst eingeschränkt möglich.

In der ZEW-Studie werden beispielhaft die Einsatzmöglichkeiten einer für Baden-Württemberg erstellten Emittentenstruktur verdeutlicht. Im ersten Beispiel werden die Beiträge der einzelnen Emittenten in Baden-Württemberg mit dem Bundesdurchschnitt verglichen. Hier zeigt sich, daß die privaten Haushalte die größten Kohlendioxidemittenten sind. Im Bundesdurchschnitt dagegen rangieren sie hinter der Elektrizitätswirtschaft auf Rang zwei. In einem weiteren Beispiel werden die Einflüsse von Wirtschaftswachstum, Strukturveränderungen

und technischen Weiterentwicklungen auf die Entwicklung von Luftschadstoffen untersucht. Hier zeigt sich, daß der Rückgang der Emissionen vorwiegend auf die Veränderungen der technischen Emissionsfaktoren und die Reduzierung des spezifischen Energieverbrauchs zurückgeführt werden kann. Negativ auf die Emissionen hat sich das Wirtschaftswachstum ausgewirkt. Die Veränderungen der Vorleistungen in den einzelnen Produktionsbereichen haben dagegen nur einen geringen Einfluß auf die Emissionen ausgeübt.

Ein Anwendungsbeispiel für eine Emittentenstruktur ist in der Grafik dargestellt. Sie zeigt die Notwendigkeit der Berücksichtigung von indirekten Effekten bei der Analyse umweltpolitischer Maßnahmen und Entwicklungen. Es wird deutlich, daß beim Bau von Straßenfahrzeugen im Wert von einer Milliarde Mark 1990 in Deutschland insgesamt 195,800 Tonnen Kohlendioxid anfielen. Der größte Teil der Emissionen wurde hierbei nicht im Fahrzeugbau selbst, sondern in den Sektoren, von denen Vorleistungen bezogen wurden, freigesetzt. Der Fahrzeugbau ist entsprechend stärker indirekt als direkt durch umweltpolitische Klimaschutzmaßnahmen wie die Einführung einer Energiesteuer betroffen. ◀

Stefan Vögele, voegele@zew.de



Forschungsergebnisse

Leichte Schwäche bei Firmengründungen in Baden-Württemberg

Das ZEW hat die Gründungsdynamik im Dienstleistungssektor in Baden-Württemberg von 1989 bis 1997 analysiert. Besondere Aufmerksamkeit galt den unternehmensnahen Dienstleistungen. Diese zeichneten sich in den letzten zwei Jahrzehnten durch starke Zuwächse bei den Erwerbstätigen und dem Anteil an der Bruttowertschöpfung aus. Darüberhinaus wurde die Bedeutung der wissensintensiven (qualifizierten) unternehmensnahen Dienstleister für die Innovationstätigkeit der produzierenden Betriebe untersucht.

■ In den ZEW-Untersuchungen bestätigt sich das erwartete überdurchschnittliche Wachstum der unternehmensnahen Dienstleister gemessen am Anteil von Gründungen in dieser Branche an allen Gründungen. Vor allem in den vergangenen vier Jahren sind Zuwächse auszumachen, wie sie von keiner anderen Branche erreicht wurden. Ausgehend von etwa 19 Prozent im Jahr 1994 erhöht sich der Anteil unternehmensnaher Dienstleistungsgründungen an allen Gründungen bis auf knapp 23 Prozent im Jahr 1997 in Baden-Württemberg und in der Referenzregion übriges Bundesgebiet West. Innerhalb der Branche geht die größere Wachstumsdynamik jedoch von den nichtwissensintensiven Dienstleistern (u.a. Reinigungsgewerbe, Auskunfts- und Schutzdienste) aus. So verringert sich der Anteil wissensintensiver an allen unternehmensnahen Dienstleistungsgründungen in Baden-Württemberg von 61 auf 57 Prozent (übriges Bundesgebiet: 59 auf 53 Prozent).

Ebenso ist mit neun Prozent der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an allen Gründungen in Baden-Württemberg noch gut zwei Prozentpunkte höher als im übrigen Bundesgebiet West. Dieses Ergebnis bestätigt die besondere Rolle der Industrie in Baden-Württemberg, die sich u.a. auch mit dem höheren Erwerbstätigenanteil des Verarbeitenden Gewerbes verglichen mit dem westdeutschen Durchschnittswert belegen läßt.

Branchenunterschiede in der Gründungsintensität

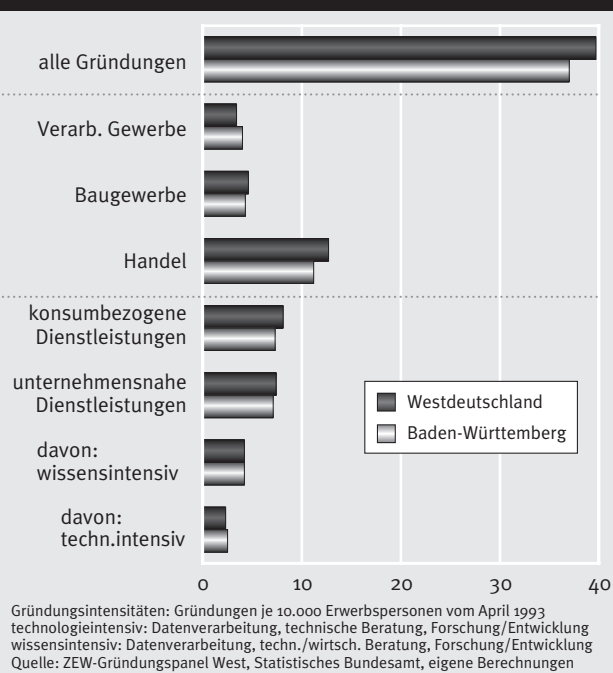
Allein die Analyse der Verteilung der Gründungen auf einzelne Branchen erlaubt allerdings noch keine Aussagen zu

regionalen Unterschieden in der Gründungshäufigkeit. Um den Vergleich der Regionen zu erleichtern, wird die Gründungsanzahl mit der Zahl der Erwerbspersonen standardisiert und so die Gründungsintensität ermittelt. Bezogen auf je 10.000 Erwerbspersonen wurden in Baden-Württemberg 37 Unternehmensgründungen im Jahresdurchschnitt von 1989 bis 1996 beobachtet. Im Ranking der Bundesländer befindet sich Baden-Württemberg mit einer etwa sieben Prozent geringeren Gründungsintensität im Vergleich

zum Bundesdurchschnitt im unteren Drittel. Allerdings variieren die Abweichungen erheblich zwischen den Wirtschaftszweigen.

Im Handel liegt die Gründungsintensität zwölf Prozent, bei den konsumbezogenen Dienstleistungen zehn Prozent unter dem Durchschnittswert für Westdeutschland. Dagegen sind im Verarbeitenden Gewerbe mit vier Gründungen je 10.000 Erwerbspersonen mehr Gründungen in Baden-Württemberg als im Bundesdurchschnitt (3,4 Gründungen) zu beobachten. Ein ebenso erfreuliches Bild zeigt sich, wenn die unternehmensnahen Dienstleister nach der Technologieintensität differenziert werden. Mit 2,5 Gründungen je 10.000 Erwerbspersonen werden immerhin knapp zehn Prozent mehr

Gründungsintensitäten in Baden-Württemberg und Westdeutschland (1989-1996)



Gründungen in technologieintensiven Dienstleistungsbranchen vollzogen als im Durchschnitt Westdeutschlands.

Die Ergebnisse der Analyse zur Erklärung regionaler Unterschiede in der Gründungszahl wissensintensiver unternehmensnaher Dienstleister bestätigen die zentrale Bedeutung der regionalen Wirtschafts- und Sozialstruktur. Hervorzuheben ist der positive Zusammenhang zwischen dem Erwerbstätigenanteil einzelner Branchen der Investitionsgüterindustrie und der Gründungszahl wissensintensiver Dienstleister.

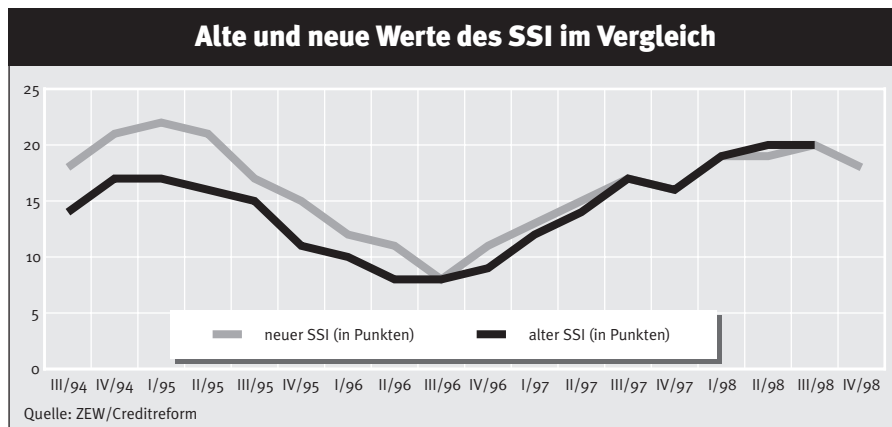
Die ZEW-Studie wurde im Auftrag der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg erstellt und erscheint demnächst als Arbeitsbericht. ◀

Dirk Engel, engel@zew.de

Forschungsergebnisse

SSI – Eine aktualisierte Version

In den ZEW news von Mai 1998 wurde der Service Sentiment Indicator (SSI), ein Konjunkturindikator für den Wirtschaftszweig unternehmensnahe Dienstleistungen, vorgestellt. Über die stark wachsenden unternehmensnahen Dienstleister ist aufgrund eines Mangels an amtlichen Statistiken nur wenig bekannt. Dieser Beitrag stellt den überarbeiteten SSI vor.



■ Zwischen 1982 und 1996 verzeichneten die beiden Teilbereiche der unternehmensnahen Dienstleister "technische Dienstleistungen" und "sonstige unternehmensnahe Dienstleistungen" in Westdeutschland ein Beschäftigungswachstum von 65 bzw. 89 Prozent. Zum Vergleich: Die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe sank in demselben Zeitraum um elf Prozent. In den Wirtschaftszweigen "technische" und "sonstige unternehmensnahe Dienstleistungen" arbeiteten 1996 etwa 8,4 Prozent aller Beschäftigten Westdeutschlands.

Um den Mangel an amtlichen Daten auszugleichen, wurde der SSI entwickelt. Dieser Konjunkturindikator wird in zwei Schritten aus Daten der vierteljährlichen Konjunkturumfrage bei unternehmensnahen Dienstleistern, die das ZEW mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, erhebt, und aus Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) konstruiert.

Dieser zweistufige Ansatz wurde gewählt, um kurzfristige Einflüsse wirtschaftspolitischer Ereignisse auf das Antwortverhalten bei der Umfrage abzuschwächen. Im vierten Quartal 1998 hat es einige konzeptionelle Veränderungen bei der Konstruktion des Indikators und bei der Auswertung der Umfrage gegeben. Diese betreffen sowohl die Auswer-

tung der Daten aus der ZEW/Creditreform-Konjunkturumfrage als auch die Gestaltung der VGR-Komponente. Seit dem vierten Quartal 1998 werden die Daten aus der ZEW/Creditreform-Konjunkturumfrage mit Umsatz- anstelle von Beschäftigtengewichten auf die Gesamtheit aller unternehmensnahen Dienstleister hochgerechnet. Darum wurde der Indikator komplett neu berechnet.

Qualitative Aussagen unverändert

Hochgerechnet wird allgemein, um Größen-, Ost/West- und Branchenunterschiede zu berücksichtigen. So hat es gesamtwirtschaftlich bedeutendere Auswirkungen beispielsweise auf die Umsatzentwicklung, wenn ein sehr großes Unternehmen in der Umfrage angibt, gestiegene Umsätze verzeichnet zu haben. Die Umstellung von der Personal- auf die Umsatzgewichtung hat keine qualitativen Auswirkungen auf den Verlauf des Indikators.

Eine weitere methodische Veränderung wurde für dieses Quartal beim VGR-Teil des Indikators vorgenommen. Da die VGR-Daten immer mit einem Quartal Verzögerung bereitgestellt werden, müssen die aktuellen Werte prognostiziert werden. Als Prognosevariablen dienen nun der ifo-Geschäftsklima-

index Verarbeitendes Gewerbe, der ifo-Kapazitätsauslastungsgrad für die Verarbeitende Industrie, der ifo-Kapazitätsauslastungsgrad für die Gebrauchsgüterindustrie und der Auftragsindex der Investitionsgüterproduktion. Zuvor wurde die Prognose mit der Bruttowertschöpfung des Transportgewerbes, dem Erzeugerpreisindex und dem ifo-Geschäftsklimaindex Verarbeitendes Gewerbe vorgenommen.

Die Konstruktion des Indikators ist in einem Arbeitspapier von Ulrich Kaiser und Herbert S. Buscher beschrieben, das demnächst in der Zeitschrift "Allgemeines Statistisches Archiv" erscheint. ◀

Ulrich Kaiser, kaiser@zew.de

ZEW Wirtschaftsforum 1999

**am Freitag, 11. Juni 1999,
von 10:00 – 18:00 Uhr
im ZEW in Mannheim, L 7, 1**

Das ZEW-Wirtschaftsforum wendet sich gezielt an Unternehmen, Verbände und staatliche Institutionen und möchte der Diskussion über aktuelle wirtschaftspolitische Probleme gebührenden Raum geben. Das diesjährige Forum steht unter dem Motto

Perspektiven der Wirtschaftspolitik in Europa

U. a. mit Beiträgen von:

- ▶ **Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing**, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank
- ▶ **Karel Van Miert**, EU-Kommissar für Wettbewerbspolitik
- ▶ **Prof. Dr. Wolfgang Franz**, ZEW und Universität Mannheim

Informationen bei:
Katrin Voß, 0621/1235-103 oder
Gunter Grittmann, 0621/1235-132

Forschungsergebnisse

Umweltschutz braucht Akademiker

Innovation und Beschäftigung hängen eng zusammen, auch im Umweltschutz. Die Formel mehr (Umwelt-) Innovationen gleich mehr Beschäftigung geht aber keineswegs immer auf. Wichtiger als die Beschäftigungseffekte insgesamt sind die Beschäftigungswirkungen in unterschiedlichen Qualifikationsgruppen. Arbeit ist nicht gleich Arbeit, und die Beschäftigungswirkungen des technischen Fortschritts im Umweltschutz unterscheiden sich in den verschiedenen Qualifikationsgruppen erheblich.

■ Wie andere technische Innovationen auch wirken Umweltinnovationen tendenziell qualifikationsvermehrend. Mit dem Übergang von additiven zu integrierten Umweltschutztechniken nimmt die Nachfrage nach qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräften zu, während die Nachfrage nach Geringqualifizierten eher sinkt (s. Tabelle). Das ist ein wichtiges Ergebnis der im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erstellten Studie des ZEW zu den Beschäftigungswirkungen des Übergangs von additivem zu integriertem Umweltschutz (F. Pfeiffer und K. Rennings (Hrsg.): Beschäftigungswirkungen integrierter Umwelttechniken, Physica-Verlag, Heidelberg, 1999).

Höherqualifizierte profitieren

Die mit Innovationen verbundene Höherqualifizierung der Beschäftigten ist nicht isoliert im Umweltschutz, sondern in allen Wirtschaftsbereichen der Volkswirtschaft und auch in anderen Industrieländern festzustellen. Ohne alter-

native Arbeitsmöglichkeiten bzw. eine Weiterqualifizierung dürften daher wenig oder falsch qualifizierte Beschäftigte in erster Linie Leidtragende einer weite-

hohem Maße von der Funktionsweise, Flexibilität und Wettbewerbsintensität auf den Gütermärkten ab. Auch dem Arbeitsmarkt kommt eine wichtige Funk-

Beschäftigungsentwicklung aufgrund von Umweltinnovationen (1994-1996)

	Zunahme	Konstanz	Abnahme
Arbeitskräfte mit FH-/ Universitätsabschluß	11,9% (21,4%)	86,2% (17,5%)	1,9% (14,9%)
Fachkräfte	8,9% (57,8%)	86,5% (53,4%)	4,6% (63,2%)
Ungelernte/Angelernte	4,6% (37,2%)	89,7% (28,2%)	5,7% (22,5%)

Quelle: Telefonische Zusatzerhebung zum Mannheimer Innovationspanel 1997.

Bezogen auf die Unternehmen, die eine Zunahme (Konstanz, Abnahme) der Beschäftigung hatten, ist in Klammern jeweils der durchschnittliche Anteil der Beschäftigten einer Qualifikationsgruppe angegeben.

ren (aus Umweltschutz- und Wettbewerbsgründen unumgänglichen) Forcierung von Innovationen allgemein und im Umweltschutz im speziellen sein, während die positiven Impulse von Umweltinnovationen eher die Beschäftigung von Facharbeitern und insbesondere Akademikern betreffen.

Die Beschäftigungswirkungen hängen neben der Art und der Intensität der jeweils betrachteten Innovationen in

tion als Transmissionsmechanismus zwischen technologischen Neuerungen und der Beschäftigung zu. Negative Beschäftigungsimpulse von Innovationen beispielsweise in der Gruppe der Geringqualifizierten werden in aller Regel durch nach unten relativ starre Arbeitskosten, verbunden mit einer häufig zu geringen regionalen und qualifikatorischen Spreizung der Entgelte verstärkt. ◀

Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

ZEW intern

Dr. Jürgen Strube



Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim hat einen neuen stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden. In der letzten Sitzung wurde Dr. Jürgen Strube, Vorsitzender des Vorstands der BASF AG, auf diesen Posten gewählt.

Dr. Strube ist dem ZEW bereits seit mehreren Jahren durch seine Mitarbeit im wissenschaftlichen Beirat des ZEW verbunden. Im Juli vergangenen Jahres war er als Nachfolger von Senator Hermann Freudenberg in den neunköpfigen Aufsichtsrat am ZEW berufen worden.

ZEW rechnet in Euro ab

Das ZEW hat zum 1. Januar 1999 seinen Zahlungsverkehr auf Euro umgestellt. Die Publikationen, die entgeltlich über das ZEW vertrieben werden, die Weiterbildungsseminare und auch die Vermietung der Seminarräume werden nun in der neuen Währung abgerechnet. Die Umstellung auf den Euro ist seit über einem Jahr in einer Arbeitsgruppe vorbereitet worden.

Ansprechpartner für Fragen zur Euro-Umstellung ist Thomas Kohl, kohl@zew.de.

ZEW-Seminar

Materielle und immaterielle Beteiligungsmöglichkeiten von Arbeitskräften

■ In seinem Vortrag am ZEW beschäftigte sich Dr. Uwe Jirjahn vom Institut für Quantitative Wirtschaftsforschung, Universität Hannover mit den Bestimmungsgründen und innerbetrieblichen Wirkungen einer Beteiligung von Arbeitskräften am Unternehmenserfolg sowie an Unternehmensentscheidungen. Auf theoretischer Ebene diskutierte er die Wirkungsmechanismen verschiedener Beteiligungsformen. Anschließend stellte er empirische Ergebnisse vor, die auf der Basis des Hannoveraner Firmenpanels für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Niedersachsen gewonnen wurden.

Bei einer Erfolgsbeteiligung am Unternehmenserfolg handelt es sich um ein Anreizinstrument, das die Leistungsbereitschaft von Beschäftigten beeinflusst. Vorteile einer Erfolgsbeteiligung sind insbesondere dann zu erwarten, wenn komplexe Tätigkeiten, Flexibilität sowie das Humankapital und die Kooperationsbereitschaft der Belegschaft entscheidende Erfolgsfaktoren für das Unternehmen darstellen.

Die Mitbestimmung der Arbeitskräfte setzt bei Unternehmensentscheidungen am Verhalten des Managements an. Betriebsräte als Interessenvertretung der



Dr. Uwe Jirjahn

Belegschaft haben die Funktion, den Informationsfluß zwischen Management und Belegschaft zu verbessern und Entscheidungen des Managements zu kontrollieren. Ein entscheidender Faktor für die Effizienz von Mitbestimmung ist dann gegeben, wenn Verteilungskonflikte auf

der betrieblichen Ebene vermieden werden können.

Formen direkter Partizipation wie z.B. Gruppenarbeit fördern eine flexiblere Arbeitsorganisation und verstärken selbstbestimmtes Handeln.

Die Ergebnisse empirischer Analysen deuten darauf hin, daß moderne Formen der Arbeitsorganisation und Erfolgsbeteiligung wichtige Voraussetzungen für den Unternehmenserfolg darstellen, wobei allerdings die jeweiligen betrieblichen Rahmenbedingungen zu beachten sind. Den industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik kommt dabei eine differenzierte Rolle zu. Einem Teil der Betriebe scheint es auch ohne Betriebsrat zu gelingen, das erforderliche Vertrauen bei der Belegschaft aufzubauen. Ist dies jedoch nicht möglich, dann fördert das Vorhandensein eines Betriebsrats die Umsetzung der modernen Produktionskonzepte. Dabei trägt die Bindung an einen Tarifvertrag zur Abschwächung innerbetrieblicher Verteilungskonflikte bei.

ZEW-Neuerscheinungen

■ ZEW Dokumentationen

Pfeiffer, F.: *Lohnflexibilisierung aus volkswirtschaftlicher Sicht*, No. 99-01.

■ ZEW Wirtschaftsanalysen/ Schriftenreihe des ZEW

Wille, E. (Hrsg.): *Entwicklung und Perspektiven der Sozialversicherung*, Band 33, Baden-Baden, 1999.

Steil, F.: *Determinanten regionaler Un-*

terschiede in der Gründungsdynamik, Band 34, Baden-Baden, 1999.

■ Discussion Papers

Heinemann, F.: *Exchange Rate Regimes and Fiscal Discipline in OECD Countries*, No. 99-04.

Almus, M.; Nerlinger, E. A.; Steil, F.: *Growth Determinants of Start-Ups in Eastern Germany: A Comparison Between*

Innovative and Non-Innovative Firms, No. 99-05.

Falk, M.; Koebel, B.: *Curvature Conditions and Substitution Pattern among Capital, Materials and Heterogeneous Labour*, No. 99-06.

Kaiser, U.: *New Technologies and the Demand for Heterogeneous Labor: Firm-level Evidence for the German Business-related Services Sector*, No. 99-07.

Termine

■ Expertenseminare:

Neue Organisationskonzepte – Was verbirgt sich dahinter und welchen Nutzen haben sie für Ihr Unternehmen?, 13. April 1999, ZEW-Gebäude

KonTraG und KapAEG – Gesetzesänderungen und ihre Auswirkungen auf Kapitalgesellschaften, 14. April 1999, ZEW-Gebäude

■ Euro-Workshop:

Die Euro-Strategie im Unternehmen, 9. März 1999, IHK Mannheim

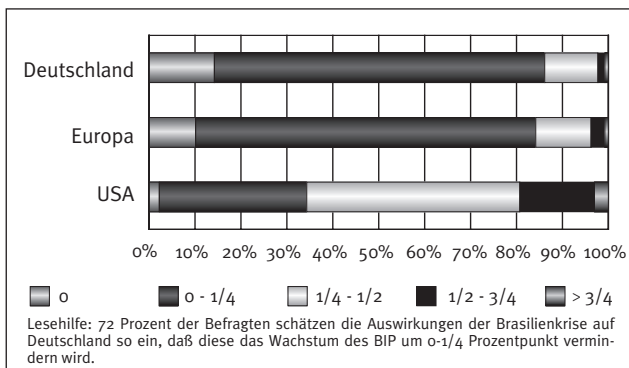
■ Informationen zu den Veranstaltungen:

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden sich auch auf den ZEW-Internetseiten unter <http://www.zew.de> Bitte klicken Sie „Seminare“ an. Auf Wunsch senden wir Ihnen das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu.

Ute Jäckel, Telefon 0621/1235-240, Fax 0621/1235-224, E-Mail jaeckel@zew.de

Daten und Fakten

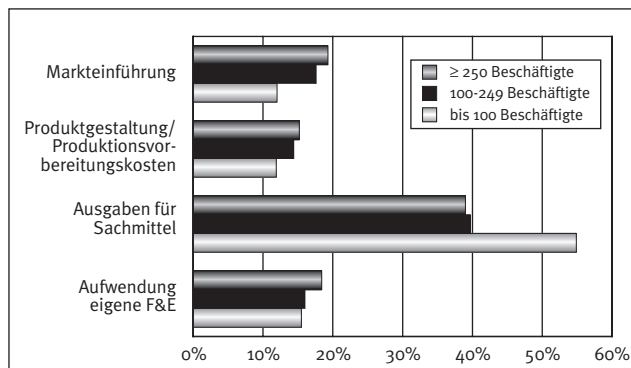
ZEW-Finanzmarkttest im Februar: Auswirkungen der Brasilienkrise



Quelle: ZEW

Die brasilianische Währungskrise wird sich nach Meinung der im ZEW-Finanzmarkttest befragten Experten besonders negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung der USA auswirken. Im Mittel rechnen sie mit einer Verringerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,34 Prozentpunkte. Offensichtlich sind einige der Fachleute von einem Übergreifen der Brasilienkrise auf den übrigen lateinamerikanischen Raum überzeugt. Im Vergleich zu den USA werden die Auswirkungen auf das europäische BIP mit 0,16 Prozentpunkten im Mittel eher gering eingeschätzt. Für das deutsche BIP erwarten die Experten mit etwa 0,14 Prozentpunkten einen noch geringeren Einfluß.
Andrea Szczesny, szczesny@zew.de

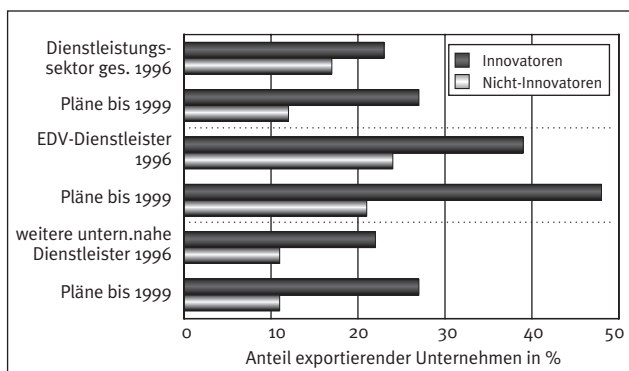
Ernährungsgewerbe: Innovation durch Investitionen in Sachmittel



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel Befragung 1997

Das Ernährungsgewerbe gehört mit einem Anteil von 38 Prozent innovierender Unternehmen zu den Branchen mit einer im Vergleich zum Bundesdurchschnitt geringen Innovationsneigung. Insgesamt werden lediglich drei Prozent des Umsatzes in dieser Branche für Innovationen aufgewendet. Davon fließen allein 46 Prozent in Aufwendungen für Sachmittel. Mit abnehmender Betriebsgröße steigt dieser Anteil. Im Gegensatz hierzu fällt mit abnehmender Betriebsgröße der Anteil der Aufwendungen für Markteinführung und Produktgestaltung sowie der Anteil für Aufwendungen für eigene F&E. Der geringste Anteil an Ausgaben entfällt auf Produktionsvorbereitungskosten.
Dr. Thomas Cleff, cleff@zew.de

Exportaktivitäten bei innovativen und nicht-innovativen Dienstleistern



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel Dienstleistungen, Erhebung 1997

Innovative und nicht-innovative Dienstleister unterscheiden sich in ihrem Exportverhalten. Während 1996 jedes vierte innovative Unternehmen exportierte, lag der Anteil bei Nicht-Innovatoren nur bei 17 Prozent. Dieser Unterschied wird sich mittelfristig vergrößern: Während sich unter den Innovatoren in allen Dienstleistungsbranchen der Anteil exportierender Unternehmen erhöht, bleibt er bei Nicht-Innovatoren gleich oder reduziert sich. Die Innovationstätigkeit erweist sich damit auch auf internationalen Märkten als entscheidender Erfolgsfaktor und wird gerade angesichts der sich durch den Euro weiter verstärkenden internationalen Konkurrenz an Bedeutung gewinnen.
Günther Ebling, ebling@zew.de

Zunahme der nominalen Tarifgehälter zwischen 1994 und 1997

Tarifgruppe	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer		
	Unterste	Ecklohn	Oberste	Unterste	Ecklohn	Oberste
Min	4,32	4,54	4,54	6,95	7,68	7,94
Max	8,74	17,09	8,71	35,38	35,38	27,29
Durchsch.	6,72	7,49	6,93	19,13	19,47	16,97
Median	6,94	7,22	7,12	17,62	18,74	18,11
Preisanzst.	6,84%			12,1%		

Ausgewertet wurden die Obergrenzen in den jeweiligen Tarifgruppen für bis zu 24 Tarifbereiche in den alten und 21 Tarifbereiche in den neuen Bundesländern.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 1995, 1998; ZEW

In den neunziger Jahren wird vielfach eine stärkere qualifikatorische und regionale Spreizung der Arbeitsentgelte auch in Flächentarifverträgen gefordert, um den Abbau der Arbeitslosigkeit zu unterstützen. In einer ZEW-Studie wurde für über 20 Tarifbereiche in den alten und neuen Bundesländern die Zunahme von Tariflöhnen und -gehältern von 1994 bis 1997 untersucht. In beiden Regionen steigt der "Ecklohn" etwas stärker als die "unterste" bzw. "oberste" Tarifgehältergruppe. Allerdings sind die Unterschiede gering. Die regionale Spreizung hat dagegen aufgrund der höheren Zunahme der Arbeitsentgelte in den neuen Bundesländern weiter abgenommen.
Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de



Finanzstatistik

In der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion erfreuen sich verschiedene Größen aus der Einkommens- und Finanzstatistik als Argumentationshilfe wieder einmal großer Beliebtheit, ohne daß ihre eingeschränkte Aussagekraft immer ausreichend zur Kenntnis genommen wird.

Dies betrifft unter anderem die Diskussion über die Höhe der Unternehmenssteuern und entsprechende "Steuerquoten" der Unternehmen. Die Probleme beginnen bereits beim statistischen Ausweis der Unternehmensgewinne. Häufig werden sie mit den in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelten "Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" gleichgesetzt. Diese dürften sich in Deutschland im Jahr 1998 zwar auf gut 900 Milliarden Mark belaufen und damit ein knappes Drittel des Volkseinkommens betragen haben, enthalten jedoch auch beachtliche Einkommen, die nicht den Unternehmen zufließen, wie beispielsweise die Netto-Einkommen der privaten Haushalte aus Geld- und Sachvermögen (Zinsen, Mieten) sowie den Gewinn der Deutschen Bundesbank. Allein die Netto-Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und des Staates summierten sich im vergangenen Jahr auf etwa 90 Milliarden Mark. Zu beachten ist ferner, daß die genannten 900 Milliarden Mark auch die Einkommen der Land- und Forstwirte sowie der Freiberufler erfassen, so daß es von der jeweiligen Fragestellung abhängt, ob diese Bereiche dem Unternehmenssektor zuzurechnen sind: Bei der umstrittenen Unternehmenssteuerbelastung im internationalen Vergleich geht es jedenfalls um den Unternehmenssektor im engeren Sinne, dessen Gewinne etwa 250 Milliarden Mark betragen haben dürften, also weniger als 30 v.H. der "Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen".

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die "Steuergerechtigkeit" wird des weiteren gern mit dem Lohnsteueraufkommen im Vergleich mit den Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer argumentiert. Im Extremfall wird dem Bruttoaufkommen aus der Lohnsteuer

beispielsweise des Jahres 1998 in Höhe von gut 300 Milliarden Mark das Nettoaufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer in Höhe von rund zehn Milliarden Mark gegenüber gestellt und eine verteilungsmäßige Schiefelage konstatiert. Das Bruttoaufkommen aus der Lohnsteuer enthält jedoch auch die Kindergeldzahlungen (rund 50 Milliarden Mark). Weiterhin wird die Antragsveranlagung der Lohnsteuerpflichtigen über die veranlagte Einkommensteuer abgewickelt und verringert bei Steuererstattungen deren Aufkommen (anstatt das der Lohnsteuer). Außerdem werden Einnahmen aus dem Zinsabschlag bereits im Quellenabzug abgeführt und nicht dem Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer zugerechnet. Schließlich vermindern die Zahlungen verschiedener Zulagen (Eigenheimzulage, Investitionszulage) das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer.

Ähnlich riskant sind Aussagen über Staatsquoten, insbesondere wenn aus einer höheren Staatsquote ohne Umschweife ordnungspolitisch bedenkliche Staatsaktivitäten gefolgert werden. Das kann so sein, ist indessen nicht zwangsläufig. In einer Rezession fällt die Staatsquote in der Regel höher aus als in einer Hochkonjunktur; dies kann allein konjunkturelle Gründe haben und stabilitätspolitisch erwünscht sein. Deshalb sind bei zeitlichen und internationalen Vergleichen konjunkturbereinigte Staatsquoten zugrunde zu legen. Des weiteren kann eine gestiegene Staatsquote auch darauf zurückzuführen sein, daß zur Erreichung bestimmter wirtschaftspolitischer Ziele Steuervergünstigungen durch höhere Staatsausgaben ersetzt werden (beispielsweise Abschreibungserleichterungen durch Investitionsprämien). Trotz höherer Staatsquote können solche Maßnahmen sinnvoll sein, unbeschadet aller berechtigten Forderungen nach einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-mail buscher@zew.de,
Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-mail voss@zew.de;

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher